



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Frankreichs Allianzversuch 1868 bis 1870. 1

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

or sovereignty, and, particularly, by name, to the prince, potentate, state or sovereignty of which he was before a citizen or subject; which proceedings shall be recorded by the court.

Die ganze angelsächsische Bevölkerung der Vereinigten Staaten aber ist an sich deutsch-feindlich, und ein großer Teil der übrigen Bevölkerung ist uns unfreundlich gesinnt, weil das Deutsche Reich eine Monarchie ist. Roosevelts deutschfreundliche Politik findet deshalb durch die Unterströmungen der öffentlichen Meinung des eignen Landes eine gewisse Grenze, und wenn es auch sicher zu sein scheint, daß er selbst oder sein Kandidat Mr. Taft das nächstmal zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden wird, so werden wir doch gut tun, bis auf weiteres keine zu hochgespannten Hoffnungen zu hegen, sondern uns auch fernerhin mit der erfreulichen Tatsache zu begnügen, daß sich die Vereinigten Staaten von Amerika an keinen internationalen Intriguen gegen uns beteiligen und uns so wohlwollend gesinnt sind, wie es ihnen eben die natürliche Rücksicht auf ihre eignen Interessen erlaubt.



## Frankreichs Allianzversuche 1868 bis 1870

### 1



ie weit war der Plan einer Tripelallianz gediehen, den Napoleon der Dritte im Hinblick auf einen künftigen Krieg gegen Preußen betrieb, und aus welchen Gründen ist der Plan gescheitert, sodaß der Kaiser ohne die gesuchten Bundesgenossen in den für ihn und sein Land so verhängnisvollen Krieg hineinstürzte? Diese Fragen sind noch nicht endgiltig beantwortet. Noch ist die historische Forschung nicht zu sichern Ergebnissen gelangt. Gerade das Dunkel, das zum Teil die Verhandlungen bedeckt, reizt aber zu immer neuen Versuchen, der Wahrheit näher und näher zu kommen. Die Verhandlungen sind damals zum großen Teil nur mündlich und im strengsten Geheimnis geführt worden; nur wenig Personen waren dabei tätig oder eingeweiht. Und die Beteiligten hatten entweder keine Ursache, nachher das Schweigen zu brechen, oder wenn sie es taten, sei es herausgefordert oder von freien Stücken, so lag ihnen weniger daran, einen unparteiischen und zusammenhängenden Beitrag zur Geschichte zu geben, als vielmehr den eignen Anteil in ein günstiges Licht zu setzen, sich zu verteidigen und zu rechtfertigen. In dieser Weise sind im Laufe der Zeit, seitdem der Herzog von Gramont zu Anfang des Jahres 1873, veranlaßt durch die von Thiers vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß vorgebrachten Anklagen, den Schleier zu lüften begann, wichtige Enthüllungen gemacht worden, hinüber und herüber, Urkunden sind ans Licht gezogen worden, die manche Aufklärung

gebracht, vieles noch im Zweifel gelassen haben. Die Urkunden selbst waren in einer diplomatischen Sprache abgefaßt, die das letzte Wort zurückhielt, bestimmten Verpflichtungen auswich, immer noch einen Ausweg offen ließ. So konnten sie verschieden ausgelegt werden, sie dienten eher dazu, den Streit anzufachen, als ihn zu entscheiden, sie wurden der Ausgangspunkt für widersprechende Auffassungen.

Was von französischer Seite kam, verriet fast durchweg die Absicht, das Allianzwerk als nahezu fertig, so gut wie abgeschlossen darzustellen. Damit konnte man entweder die kaiserliche Regierung entlasten, die in gutem Glauben war und darauf vertrauen konnte, im Kriege nicht allein gelassen zu werden. Es konnte aber ebenfögut zu Angriffen auf Napoleon und seine Räte benützt werden: diese brauchten nur mit beiden Händen nach den Allianzen zu greifen, die sich ihnen willig darboten, sie trugen selbst die Schuld, wenn die Bundesgenossen versagten, sie selbst stießen in ihrer Verblendung die ihnen entgegengebrachte Hilfe zurück. Beide Teile suchten aus den Akten heraus, was sie für ihre Zwecke brauchen konnten. Sowohl die Anhänger als die Gegner des Kaiserreichs hatten somit ein Interesse daran, den Abschluß der Bündnisse als möglichst gesichert darzustellen. Umgekehrt waren die Österreicher bemüht, nach dem Ausgang des Krieges ihre Hände in Unschuld zu waschen und den Nachweis zu führen, daß sie niemals dem Kaiser Hoffnung zu einer wirksamen Kriegshilfe gemacht hätten, ihm vielmehr alle Illusion zu benehmen, ihn vom Kriege zurückzuhalten beflissen gewesen seien. Am schweigsamsten waren die Italiener. Sie hielten es für das Klügste, was vergangen war, vergangen sein zu lassen, und was sie wußten, für sich zu behalten.

Aber auch in der deutschen Wissenschaft, die sich ohne Nebenrückichten um die Erforschung der Wahrheit bemüht, stehen sich die Ansichten schroff gegenüber. Sybel ist in der „Begründung des Deutschen Reiches“ (1894) bei der Erzählung dieser Vorgänge wesentlich den bis jetzt nur handschriftlich vorhandenen Denkwürdigkeiten des österreichischen Diplomaten Grafen Wigthum gefolgt, der als Intimus des Grafen Beust einer der Hauptbeteiligten bei den geheimen Verhandlungen war. Auf Grund dieser Autorität kam er zu dem Ergebnis, daß vor dem Kriege wohl freundschaftliche Besprechungen zwischen den drei Mächten stattgefunden haben, und daß die Zusicherung gemeinsamen diplomatischen Vorgehens ausgetauscht worden sei, daß aber die Gesinnung aller Mächte eine durchaus friedliche gewesen sei, und daß auch die Reise des Erzherzogs Albrecht nach Paris im Frühjahr 1870 bloß die Möglichkeit eines irgend einmal denkbaren Krieges im Auge gehabt habe, ohne daß irgendeine offensive Absicht dabei im Spiele war. Erst die spanische Thronfrage habe plötzlich den Krieg herbeigeführt, aber auch nach dem Kriegsausbruch habe Beust seine Friedenspolitik fortgesetzt und, anstatt dem Kaiser zu Hilfe zu kommen, einen Neutralitätsbund mit Italien abgeschlossen, wodurch auch dieses vom Eintritt in den Krieg abgehalten wurde. Wenn Gramont behauptete, Frankreich sei nach den Verabredungen

berechtigt gewesen, auf Österreichs und Italiens Beistand zu rechnen, so sei das eitel Phantasie, eitel Flunkerei gewesen.

Dieser Ansicht hat sich im wesentlichen Herr von Petersdorff angeschlossen, während Duden und Delbrück aus dem bis jetzt vorliegenden Material eine ganz entgegengesetzte Auffassung gewonnen haben. Nach ihnen hat Napoleon mit großer Berechnung den Krieg vorbereitet und Bundesgenossen dafür zu gewinnen gesucht, er hat auch bei Österreich und Italien den besten Willen dazu gefunden, und die Verabredungen sind bis zu dem Punkte geführt worden, wo der Kaiser die absolute Gewißheit zu haben glaubte, in jedem Augenblick das Bündnis vollends zum Abschluß bringen zu können. Die militärischen Verhandlungen, die der Erzherzog Albrecht im Frühjahr 1870 in Paris und dann der General Lebrun in Wien führten, hatten einen Angriffskrieg zum Zweck, der für das Frühjahr 1871 in Aussicht genommen war. Der nach dem plötzlichen Kriegsausbruch zwischen Österreich und Italien vereinbarte Neutralitätsvertrag sollte die Vorstufe zu einem aktiven Kriegsbündnis sein, und nur die raschen Schläge, die anfangs August von den deutschen Heeren geführt wurden, verzögerten die Ausführung des vereinbarten Kriegsplans.

Eine erneute sorgfältige Prüfung des bis jetzt zutage gekommenen Materials hat Professor W. Busch in Tübingen vorgenommen (1900) und ist dabei zu Ergebnissen gelangt, die eine Art Mittelweg sind zwischen diesen sich schroff widersprechenden Ansichten. Nach Busch hat allerdings Kaiser Napoleon ein Kriegsbündnis mit Österreich und Italien betrieben, und beide Mächte haben es auch am guten Willen nicht fehlen lassen, nur suchte Beust den Losbruch möglichst hinauszuziehn, weil Österreich mit innern Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und nichts weniger als kriegsbereit war, auch den Wunsch hatte, daß zum Anlaß des Kriegs nicht eine Frage nationaldeutscher Politik gemacht würde. Als das eigentliche Hindernis für den Abschluß des Dreibunds erwies sich aber die römische Frage: die Italiener verlangten den Abzug der Franzosen aus dem Römischen, was der Kaiser, beeinflusst von seiner klerikalen Umgebung, verweigerte. Diese Verhandlungen endigten mit den Briefen, die im September 1869 zwischen den drei Monarchen gewechselt wurden, und die nur ein Scheinabschluß waren, eher einen Rückzug bedeuteten, als daß sie ernsthafte Verbindlichkeiten begründet hätten. Auch den militärischen Besprechungen, die im Frühjahr 1870 in Paris und in Wien stattfanden, mißt Busch geringe Bedeutung bei, sie seien ohne aggressive Absicht lediglich akademischer Art gewesen. Als dann die Hohenzollernkandidatur für den spanischen Thron plötzlich die Welt überraschte, habe Beust seine retardierende Politik fortgesetzt, dringend zum Frieden geraten und eine tätige Kooperation verweigert. Anders aber, nachdem der Krieg entschieden war. Jetzt habe er in Anknüpfung an die frühern Besprechungen seine Hilfe zugesagt und zunächst, um Zeit für die Rüstungen zu gewinnen, mit Italien den Neutralitätsvertrag abgeschlossen, der den Dreibund vorbereiten sollte, inzwischen das Hindernis der römischen Frage zu beseitigen versucht, und nur

die raschen Siege der deutschen Heere hätten die Verwirklichung des Kriegsbündnisses vereitelt. Es ist vor allem Buschens Verdienst, gezeigt zu haben, wie wichtig es ist, die einzelnen Abschnitte dieser diplomatischen Sisyphusarbeit zeitlich auseinanderzuhalten und zugleich den Geheimverkehr der Hauptverschwornen und den offiziellen Verkehr der Kabinette möglichst zu unterscheiden. In der Verfolgung des Bündnisplans treten deutlich als gesonderte Abschnitte hervor: die Allianzverhandlungen von 1868 und 1869, die militärischen Sendungen des Erzherzogs Albrecht und des Generals Lebrun im Frühjahr 1870, dann die Verhandlungen vom 6. bis 15. Juli d. J., endlich die, die sich von der kriegsrischen Entscheidung noch bis in den August hineinzogen.

Wieder ein andres Gesicht gewinnt das heimlich gewobne Werk in der neuesten französischen Darstellung. *Rome et Napoleon III*, so betitelt sich ein kürzlich erschienenes Werk, das den Professor an der Universität von Paris E. Bourgeois und einen seiner Schüler, E. Clermont, zu Verfassern hat. (Paris, A. Colin, 1907.) Schon der Titel zeigt, daß hier weiter ausgeholt wird. Es ist die römische Frage, die hier in den Mittelpunkt gestellt und auch zum Angelpunkt der Bündnisverhandlungen gemacht wird. Rom, die weltliche Papstmacht, ist zweimal für Frankreich zum Verhängnis geworden. Louis Napoleon hat, indem er 1849 den Papst nach Rom zurückführte, sich den Weg zum Kaiserthron gebahnt, und er hat diesen Thron wieder verloren, weil er 1870 den Italienern Rom vorenthielt und damit den Abschluß eines Bündnisses vereitelte, das ihm so gut wie sicher war, und das möglicherweise dem Krieg eine andre Wendung gegeben hätte. Bourgeois, von dem dieser Teil des Buches herrührt (Clermont behandelt die römische Expedition von 1849), hat das urkundliche Material geschickt zusammengestellt, auch um einiges neue aus den Pariser Archiven bereichert. Scheinbar ohne Lücken reiht er ein Datum an das andre und gelangt zu dem Schlußergebnis, daß alles für die Bündnisse vorbereitet war, daß Napoleon nur zuzugreifen brauchte, daß er nur das eine Wort auszusprechen hatte, das die Italiener von ihm verlangten, daß er aber dieses Wort verweigerte und sich damit um die Frucht der gepflognen Verhandlungen brachte. Dem Kaiser und seinen Räten wird es zum schweren Vorwurf gemacht, daß sie sich in den Krieg stürzten ohne die Allianzen, die sie doch haben konnten, wenn sich nicht die Rücksicht auf die Erhaltung der weltlichen Papstmacht wie ein lähmendes Gespenst dazwischengestellt hätte.

Daß die römische Frage wirklich bei den Bündnisverhandlungen eine große Rolle gespielt hat und für sie ein Stein des Anstoßes geworden ist, wird auch in den andern Darstellungen nicht verkannt: hier ist diese Tatsache mit besondrer Schärfe und Folgerichtigkeit nachgewiesen worden. Aber auch mit einer Einseitigkeit, die das Gesamtbild der Vorgänge verschiebt. Es ist doch nicht die römische Frage allein, an der die Bündnispläne gescheitert sind. Die Teilnahme Italiens war von der Teilnahme Österreichs abhängig, wie umgekehrt. Bei dem gespannten Verhältnis, das zwischen Österreich und Italien bestand,

war es ausgeschlossen, daß der eine Staat ein Bündnis einging, in das nicht auch der andre einbezogen wurde. Die napoleonische Politik erkannte richtig, daß sie, um deren gegenseitiges Mißtrauen aufzuheben, beide zugleich für sich gewinnen mußte. Dadurch wurde freilich die Allianzverhandlung verwickelter. Es waren mannigfaltigere Interessen in Einklang zu bringen. War an dem einen Ende die Sache geglückt, so konnte am andern der Faden wieder abreißen. Man hat aber durchweg den Eindruck, daß der Schwerpunkt der ganzen von Napoleon eingeleiteten Aktion im Verhältnis zu Österreich lag. Der Freundschaft wie der Kriegslust Viktor Emanuels war der Kaiser sicher, und den Widerstand, den der König voraussichtlich im eignen Lande fand, konnte man jederzeit, noch im letzten Augenblick — so hoffte man wenigstens —, durch Zugeständnisse oder Bertröstungen in der römischen Frage überwinden. Die Hauptsache war, zu wissen, wie man in Wien die Eröffnungen aufnehmen würde, die auf eine gemeinsame Politik gegen das plötzlich zu so unerwünschter Stärke gelangte Preußen zielten.

In Frankreich ist die Schlacht bei Königgrätz wie eine eigne Niederlage empfunden worden. Der Kaiser sah sich in seinen Berechnungen getäuscht, seine Vermittlung beim Friedensschluß war abgelehnt worden, nichts von dem erhofften Gewinn war ihm zugefallen, und so sah er sich gegenüber seinem eignen Volke bloßgestellt, das, wie die erhitzten Reden im Gesetzgebenden Körper zeigten, ebenfalls die preußischen Siege als eine Demütigung empfand und sich von den Wortführern leicht in eine Stimmung bringen ließ, die sich bis zu dem Ruf: Rache für Sadowa! steigerte. Rache für Sadowa — oder zum mindesten ein quos ego! an Preußen, wenn es sich über die Bestimmungen des Prager Friedens hinwegsetzen und trunken von seinen Erfolgen die Hand über den Main hinüberstrecken wollte. Damit ergab sich von selbst eine Interessengemeinschaft mit Wien, wo Königgrätz den gleichen Stachel eingedrückt hatte. Wie man in Wien damals dachte, das sagte ja beredter als alles andre die Berufung des Herrn von Beust zum Kanzler des Reichs. Der in den deutschen Fragen als zähfester und intrigantester Gegner Preußens bewährte Staatsmann an der Spitze der österreichischen Monarchie, das war ein Programm, das laut für sich selber sprach. Wollte man aber weitere Fortschritte der deutschen Einheit verhindern, so war keine Zeit zu verlieren. Der abermalige Mißerfolg, den der Kaiser Napoleon in der Luxemburger Frage erlitt, war um so schmerzhafter, als zugleich die Bündnisverträge zwischen dem Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten bekannt gemacht wurden.

Binnen zwei Jahren, meinte Thiers, werde sich Österreich wieder so weit erholt haben, daß man gemeinsame Hand anlegen könne, den Ehrgeiz Preußens zu zügeln. Vorerst galt es für Österreich, um freie Hand zu gewinnen, noch zwei Bedingungen zu erledigen, die Aussöhnung mit Ungarn und die Sicherstellung gegen Italien. Sene gelang durch die dualistische Einrichtung der Monarchie, diese war die Aufgabe Napoleons, dem es nicht allzuschwer wurde,

ein freundliches Verhältnis zwischen den alten Gegnern herzustellen. Die Abtretung Veneziens hatte das Haupthindernis einer Verständigung aus dem Wege geräumt. Was die Italiener weiter beehrten, die Gewinnung der Hauptstadt Rom, das hing vom Wohlwollen des Kaisers Napoleon ab. Noch eben waren sie die glücklichen Verbündeten Preußens gewesen, doch der ältere Verbündete war Napoleon, und daß seit Mentana die Franzosen wieder als die Wächter des Papstes in Rom standen, schärfte den Italienern von neuem das Bewußtsein ihrer Abhängigkeit vom Kaiser ein. Sie waren, wenn sie ihr Ziel erreichen wollten, an dessen Politik enger gebunden als je. So waren die Bedingungen zu einer Tripelallianz gegeben, die gegen das Werk von 1866, zum mindesten gegen eine Ausdehnung, gegen die Vollenbung dieses Werkes gerichtet war. Man hat mit Recht in dieser Situation die Einleitung zu einer Kriegsverschöpfung erblickt, „ähnlich derjenigen, die dem Siebenjährigen Krieg vorausgegangen ist“. Bis zum Abschluß bindender Verträge war freilich noch ein weiter Weg.

Zum erstenmal scheint während der Luxemburger Krisis der Kaiser Napoleon wegen einer Offensivallianz in Wien angeklopft zu haben, ein plumper Versuch, den Beust rundweg zurückwies, jedoch ohne damit die Anknüpfung enger Beziehungen zu Frankreich überhaupt abzuweisen. Dann gab die Salzburger Zusammenkunft im August 1867 zu einem Meinungsaustrausch Anlaß, wobei, ohne daß es zu förmlichen Abmachungen kam, Übereinstimmung darüber festgestellt wurde, daß an den Bestimmungen des Prager Friedens festgehalten und die Überschreitung der Mainlinie nicht gestattet werden solle. Der Besuch Napoleons in Salzburg wurde im Oktober von Franz Joseph in Paris erwidert. Auf der Rückreise verabschiedete sich der österreichische Kaiser in Straßburg von dem dort kommandierenden General Ducrot nach einem Gespräch über die Gemeinsamkeit der beiderseitigen Interessen mit den Worten: „Wie Sie, hoffe ich, daß wir eines Tages zusammen marschieren werden.“ War einmal eine Übereinstimmung in wichtigen europäischen Fragen festgestellt, so führte das von selbst zu dem weiteren, wenn auch zunächst noch ganz allgemeinen Gedanken einer künftigen Waffenbrüderschaft.

Im Juli des folgenden Jahres tat der Kaiser Napoleon einen weiteren Schritt. Er regte durch den österreichischen Botschafter, den Fürsten Metternich, eine gemeinschaftliche Interpellation an Preußen wegen der Versuche zur Überschreitung der Mainlinie an. Abermals wich Beust aus, mit der Begründung, daß jede Drohung gegen Deutschland nur um so sicherer die süddeutschen Staaten in die Arme Preußens treiben würde. Er schlug dafür vor, der Kaiser möge eine allgemeine Abrüstung in Anregung bringen, falls Preußen eine befriedigende Erklärung über die Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Prager Friedens gebe. Es war derselbe Gedanke, nur in abgeschwächter Form, fand aber nicht den Beifall des Kaisers. Jeder Verlockung zu einer Offensivpolitik gegen Preußen wich Beust sorgfältig aus, aber er fuhr fort, das engste Einvernehmen

mit dem Tuilerienhof zu pflegen, während er jede Annäherung an den Norddeutschen Bund vermied. Ein Zeichen zunehmender Intimität mit Paris war es, daß Beust in diesen Tagen einen seiner nächststehenden Mitarbeiter aus der sächsischen Zeit, den Grafen von Bizthum=Geßstädt, zum Gesandten im nahen Brüssel machte, um neben dem Botschafter noch einen Mann seines besondern Vertrauens für Geheimbesprechungen am Kaiserhofe zu haben. Zunächst hatte dieser die Aufgabe, die kaiserliche Regierung zur Geduld zu ermahnen, von gewagten Schritten zurückzuhalten. „Für jetzt“, erklärte Bizthum, sei an einen Eintritt Österreichs in die Aktion nicht zu denken.

Das Jahr ging nicht zu Ende, ohne dem Kaiser Napoleon eine neue Enttäuschung zu bereiten. Sein Plan, die belgischen Eisenbahnen in den Besitz einer französischen Gesellschaft zu bringen, scheiterte an dem Widerstande der belgischen Regierung. Der Kaiser war über diesen abermaligen Mißerfolg, der natürlich auf preußische Einflüsterung zurückgeführt wurde, in hohem Grade erbittert, und lauter wurde der Ruf, daß Frankreichs Ehre und Ansehen einer gründlichen Reparation bedürften. Zu Anfang des Jahres 1869 sagte Marschall Niel zu dem ihn besuchenden General Lebrun: „Wir werden den Krieg haben, wir müssen ihn haben, nicht später als im Jahre 1871.“ Er fügte aber hinzu, daß er einen Krieg ohne Verbündete für aussichtslos halte. Dies ist die erste Spur davon, daß der Krieg von denen, die ihn für unvermeidlich hielten, für 1871 in Aussicht genommen wurde.

Indessen waren die Verhandlungen mit Italien wegen der römischen Frage, die durch den Bruch der Septemberkonvention unterbrochen worden waren, wieder aufgenommen worden, und im Frühjahr 1869 nahmen die Umrisse einer Tripelallianz festere Gestalt an. Nur wenige Personen waren im Geheimnis. Von seiten des Kaisers wurde sein Staatsminister Rouher, der „Bizerkaiser“, mit der Führung der Verhandlungen betraut, an denen von seiten Österreichs der Fürst Metternich, der Hausfreund der Tuilerien, und der Graf Bizthum, von seiten des Königs von Italien der Militärattaché Graf Vimercati und erst in einem spätern Stadium der Gesandte Nigra teilnahmen. Zunächst kam es zu einem vorläufigen Einverständnis mit Italien, zu einem Vorentwurf, der einen defensiven Charakter haben sollte, aber bezeichnenderweise schon Bestimmungen über die in einem möglichen Kriege zu machende Beute enthielt: Italien verlangte eine kleine Abtretung an der französischen, eine größere an der Tiroler Grenze, wofür Österreich durch den Wiedererwerb seiner Stellung in Deutschland oder durch Schlesien entschädigt werden sollte. Es scheint, daß die heikle römische Frage in diesem Vorentwurf aus dem Spiele gelassen wurde. Nun fragte sich, wie die Österreicher die Einladung zu einem Dreibund aufnehmen würden. Vorsichtig wie immer wiesen sie die ersten Vorschläge als unannehmbar zurück. Es sollte alles vermieden werden, was der Übereinkunft einen offensiven Charakter geben konnte. Bizthum reiste im März nach Wien, um sich genauere Weisungen zu holen, und brachte einen Gegenorschlag zurück,

der auf ein reines Schutzbündnis hinauskam: die drei Mächte sollten sich gegenseitig ihren Besitzstand garantieren und in allen Fragen diplomatisch zusammengehen; für den Fall eines Krieges behielt sich Österreich ausdrücklich die Neutralität für dessen Dauer vor.

Als nun im April endlich die gemeinsamen Beratungen begannen, zeigte sich sofort, daß Rouher die von ihm mit eigener Hand geschriebnen Vorentwürfe, die eine Defensiv- und Offensivallianz zum Gegenstand hatten und schon Bestimmungen für die Kriegführung und für die Ausnützung des Sieges enthielten, beiseite legen mußte. Die Österreicher ließen sich nicht von ihrem Standpunkt abdrängen, und Rouher blieb nichts übrig, als sich diesem anzubequemen. Eine Schwierigkeit erhob sich aber noch von seiten der Italiener. Menabrea, der nicht als Ministerpräsident, aber als Generaladjutant des Königs ins Vertrauen gezogen worden war, stellte jetzt die Forderung, daß die Franzosen gemäß dem Septembervertrag von 1864 den Kirchenstaat räumen und sich ebenso zum Grundsatz der Nichteinmischung bekennen sollten, wie Napoleon nach dem Frieden von Villafranca von Österreich verlangt hatte. Auch diese Schwierigkeit wurde überwunden. Menabrea, dem viel am Zustandekommen der Allianz lag, war mit der einfachen Wiederherstellung des Septembervertrags zufrieden, kraft dessen sich die Italiener verpflichteten, nach dem Abzug der Franzosen einen Angriff auf Rom weder zu unternehmen noch zu dulden, und er gab sich sogar zufrieden, als der Kaiser einen Termin für die Abberufung seiner Truppen anzusetzen sich weigerte und diesen von der Gewährleistung der Sicherheit des Papstes abhängig zu machen erklärte. Ende Mai brachte Vimercati aus Florenz, der damaligen Hauptstadt Italiens, die Einwilligung des Königs zu diesen Zugeständnissen. Die Tripelallianz gemäß dem österreichischen Vorschlag schien fertig. „Die einzige wahre Schwierigkeit, telegraphierte Bixthum am 4. Juni an Beust, war die römische Frage. Wir haben sie durch Geduld überwunden.“ Sie war jedoch erst fertig im geheimen Rat der Unterhändler. Nun, wo es sich um die Ausfertigung eines Staatsvertrags handelte, mußten auch die Kabinette zur Mitwissenschaft und zur Mitwirkung gezogen werden, jetzt erst erfuhren die italienischen Minister von der bisher höchst vertraulich behandelten Sache, und von ihrer Seite erhob sich nun ein ernstlicher und nicht zu besiegender Widerstand. Nicht zufrieden mit dem mageren Zugeständnis in der römischen Frage, kamen sie auf den ersten Vorschlag Menabreas zurück: Räumung Roms durch die Franzosen und Erklärung der Nichteinmischung in die römischen Dinge. Auch verlangten sie, daß das Werk von 1866 nicht angetastet, die deutsche Einheit nicht zerstört werden dürfe. Wie freilich diese Bedingung, die den Finanzminister Sella zum Urheber hatte, mit den bekannnten Absichten der Hauptbeteiligten vereinbar war, das blieb ein Geheimnis. Der Kaiser war über die Hartnäckigkeit, womit die Regierung Viktor Emanuels die Hand nach Rom ausstreckte, in hohem Grad aufgebracht. Seine klerikale Umgebung hätte niemals ein solches Zurückweichen vor der italienischen Revolution geduldet. Durch den

Minister des Auswärtigen, Marquis von Lavalette, ließ er erklären, daß die Forderungen der Italiener unannehmbar, und daß die Verhandlungen suspendiert seien; sie würden von Frankreich wieder aufgenommen werden, wenn sie einen besseren Erfolg versprächen. „So blieb, sagt W. Busch, der Entwurf zum Dreibund unvollzogen, er war einzig an der römischen Frage gescheitert.“

Es folgte eine Stockung, eine Sommerpause. In diese Zeit fällt eine schwere Erkrankung des Kaisers, fallen auch die Neuwahlen zum Gesetzgebenden Körper, deren Ausfall den Kaiser zu einer Änderung der Verfassung in liberalem Sinn vermochte. Sobald sich der Kaiser wieder erholt hatte, im September, wurde zwar nicht die offizielle Verhandlung zwischen den Regierungen, aber der geheime Schriftwechsel zwischen den drei Höfen noch einmal aufgenommen. Die bisherigen Verabredungen sollten zu einem gewissen Abschluß gebracht, und soweit sie zu einem Ergebnis geführt hatten, sollte dieses gesichert werden, als Grundlage für eine künftige Verfolgung des Allianzgedankens. Für den Augenblick hatte es ja keine Eile. Niemand dachte an eine unmittelbar bevorstehende kriegerische Entwicklung. Um aber das Einvernehmen den Einwendungen der Gegner, die es in den Ministerien zu Wien und zu Florenz gefunden hatte, zu entziehen, beschränkte man sich darauf, die gegenseitigen Verpflichtungen in Briefen niederzulegen, die zwischen den drei Souveränen ausgetauscht wurden. Mit diesen Monarchenbriefen fand das erste Stadium der Allianzverhandlung seinen Abschluß.

Welches war der Inhalt dieser streng geheim gehaltenen Briefe? Es liegt auf der Hand, daß sie sich im allgemeinen auf der Linie des Vorschlags halten mußten, den Oesterreich für die Basis des Dreibunds gemacht hatte, denn auf dieser Basis waren alle drei Mächte bereit gewesen, das Bündnis abzuschließen, wenn nicht die Aufwerfung der römischen Frage dazwischen gekommen wäre. Beust sagt in seinen Denkwürdigkeiten über diese Briefe: Das Einvernehmen hatte einen defensiven und vollkommen friedlichen Charakter. In allen diplomatischen Fragen sollte eine gemeinsame Politik stattfinden. Die einzige Verpflichtung, die daraus folgte, bestand in dem gegenseitigen Versprechen, sich mit einer dritten Macht nicht ohne Wissen der andern ins Benehmen zu setzen. Das klingt unschuldig genug. Man ist aber über den Inhalt der Monarchenbriefe jetzt näher unterrichtet, seitdem wenigstens einer davon, der des Königs Viktor Emanuel an den Kaiser Napoleon, vor kurzem ans Licht gekommen ist, und da dieser Brief meines Wissens in deutschen Publikationen noch nicht aufgenommen ist, möge er hier im Wortlaut folgen.

Mein Herr Bruder,

Ich danke Eurer Majestät für den Beweis von Vertrauen, den Sie mir durch die Mitteilung der Betrachtungen gewährten, die Ihnen durch den gegenwärtigen Zustand Europas eingegeben sind. Die Unsicherheit, die allerwärts herrscht und an der Dauerhaftigkeit des Friedens zweifeln läßt, die Besorgnis vor Ereignissen, die das Gleichgewicht Europas stören könnten, sind geeignet, die Souveräne ernstlich zu beschäftigen, und ich finde es sehr natürlich, daß die, die eine Interessen-

gemeinschaft haben, sich zu verständigen suchen, um unter diesen ersten Umständen gemeinsam zu handeln. Ich kann somit der Idee einer Tripelallianz zwischen Frankreich, Oesterreich und Italien nur zustimmen, deren Vereinigung für unberechtigte Ansprüche eine mächtige Schranke bilden und so dazu beitragen wird, den Frieden Europas auf festere Grundlagen zu stellen. Italien hat nicht vergessen, was es dem beständigen Wohlwollen Eurer Majestät verdankt, und wenn wir heute der Macht, gegen die wir so lange gekämpft, eine befreundete Hand entgegenstrecken können, so sind wir dafür vornehmlich der Hilfe Dank schuldig, die uns die französischen Waffen in den Unabhängigkeitskriegen geleistet, und dem Rückhalt, den wir beständig bei Eurer Majestät gefunden haben. Ich bin glücklich, daß dieser Umstand mir Anlaß gibt, meine Dankbarkeit gegen Eure Majestät zu beweisen, während er zugleich Gelegenheit zur Vollziehung eines Aktes gibt, dessen Folgen für die Geschichte Europas nur vorteilhaft sein können. Ich hätte gewünscht, daß der Vertrag, der die Allianz besiegeln soll, rasch hätte zum Abschluß gebracht werden können, allein ich begreife einerseits, daß infolge der in die Verfassung Frankreichs eingeführten Veränderungen Eure Majestät veranlaßt ist, die Stipulationen desselben zu verschieben, während ich meinerseits eine förmliche Verpflichtung in dieser Hinsicht nicht übernehmen könnte, bevor die Konvention vom 15. September 1864, bezüglich der Staaten des Heiligen Stuhls, von neuem beiderseits ihre vollständige Ausführung gefunden hat. Ungebuldig sehe ich dem Augenblick entgegen, wo unsere Verabredungen definitiv sein werden. Inzwischen bitte ich Eure Majestät, die Versicherung meiner Gefühle hoher Achtung und aufrichtiger Freundschaft entgegenzunehmen, mit denen ich bin

Eurer Kaiserlichen Majestät ergebener Bruder

Viktor Emanuel.

Der Wortlaut dieses Briefes stimmt doch wenig mit dem überein, was Beust als Inhalt der Monarchenschreiben angibt. Es sieht aus, als ob die vom österreichischen Reichskanzler genannten Punkte vielmehr den Inhalt eines Protokolls bildeten, das zwischen den Kabinetten ausgetauscht wurde, sodaß die Monarchenbriefe eine Art geheimen Kommentars zu diesem Protokoll wären. Jedenfalls verraten sie deutlicher, worauf es bei den Bündnisplänen abgesehen war. Zwar der Brief des Kaisers von Oesterreich an den Kaiser Napoleon ist nicht bekannt. Der entthronte Kaiser nahm ihn unter seinen geheimen Papieren mit nach Chislehurst, und dort will ihn nebst einem Vertragsentwurf mit Korrekturen von der Hand Franz Josephs der Prinz Napoleon im Jahre 1872 gesehen haben: „Das Ganze ließ über die guten Absichten des Herrn von Beust für uns keinen Zweifel.“ Beim Tode Napoleons des Dritten waren diese Papiere verschwunden. Beust konnte später versichern: wenn der Entwurf einer von den drei Souveränen zu unterzeichnenden Erklärung existiert hat, so ist er von keinem derselben unterschrieben worden. Eine andre Frage ist, ob die zwischen ihnen gewechselten Briefe, wie vorsichtig immer gefaßt, nicht eine moralische Verpflichtung enthielten. Emil Olivier sagte von ihnen einfach: „Der Kaiser von Oesterreich und der König von Italien hatten sich durch eigenhändige Briefe verbindlich gemacht, dem Kaiser im Fall eines Kriegs gegen Preußen zu Hilfe zu kommen.“ Und ebenso der Prinz Napoleon: „Die Briefe waren wichtig, weil sie eintretendenfalls gegenseitige Unterstützung verschießen, ohne diese

genau zu formulieren.“ Diese Zeugnisse sind nicht ganz einwandfrei. Um so mehr muß das des Herrn von Beust gelten. Wir werden sehen, wie Beust selber eines Tages die aus den Briefen folgende moralische Verpflichtung anerkannte. Und der in Viktor Emanuels Brief ausgedrückte Zweifel an der Festigkeit des Friedens, der Hinweis auf das Unbefriedigende des gegenwärtigen Zustandes, auf die Notwendigkeit, unberechtigten Ansprüchen entgegenzutreten und den Frieden Europas auf festere Grundlagen zu stellen, ging doch über den Rahmen eines bloß defensiven Bündnisses unzweifelhaft hinaus. Der Kaiser hatte persönliche Zusicherungen erhalten, die er jeden Augenblick — erforderlichenfalls durch Einräumungen in der römischen Frage — instande war, zu einem bindenden Vertrag zu verdichten. Vorläufig genügte ihm dies. Er hatte seine Absichten nicht aufgegeben, aber sie waren bei seinem schwankenden Charakter, und da in der politischen Lage kein Grund zu raschem Zugreifen lag, noch zu keinem festen Entschluß gediehen. Im November sagte er zum General Lebrun: „Man wird das Bündnis Italiens als gewiß, das Österreichs als moralisch, wo nicht tatsächlich gesichert betrachten dürfen.“



## Die Privilegien der Reichs- und Landtagsmitglieder

Von R. Werner



Das neunzehnte Jahrhundert hat den meisten Staaten den Konstitutionalismus gebracht, d. h. die Verfassungsform, die dem Volk eine aktive Stellung im Staatsleben gibt, ihm eine Teilnahme an der Staatswillensbildung gewährt. Nachdem Sachsen-Weimar im Jahre 1816 und Bayern im Jahre 1818 vorangegangen waren, erhielten Sachsen am 4. September 1831 und Preußen am 31. Januar 1850 ihre „Verfassungsurkunden“, mit denen die in Preußen ja schon durch die Stein-Hardenberg'schen Reformen angestrebte Aufnahme einer „Repräsentation des Volkes“ in den Staatsorganismus erfolgt war. So wird das deutsche Volk durch die Landesboten in den Landtagen und durch die Reichsboten im Reichstag zur Kundgebung des Volkswillens vertreten. Jedoch Volksvertreter im technischen Sinne des Wortes sind die Reichs- und Landtagsmitglieder nicht; denn ein Vertreter ist als solcher gebunden durch die Weisungen seines Auftraggebers. Das ist aber bei jenen nicht der Fall: „Die Mitglieder beider Kammern sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie stimmen nach ihrer freien Überzeugung und sind an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden“ (Art. 83 der Verfassungsurkunde für den preußischen Staat) — „Die Abgeordneten haben eine Instruktion von ihren Kommittenten nicht anzunehmen, sondern nur ihrer eignen Überzeugung zu folgen“ (§ 81 Absatz 1 Satz 2 der Verfassungs-